

Schulische Intervention bei politischen Krisenereignissen: Was kann und soll politische Bildung leisten?

Termin: 20. November 2024, 09.00 bis 15:30 Uhr

Ort: Vertretung des Saarlandes beim Bund,
In den Ministergärten 4, 10117 Berlin

Schon seit einigen Jahren ist unsere Gesellschaft mit politischen Entwicklungen konfrontiert, die als existenzielle Bedrohung für die Demokratie und den Frieden erscheinen. Die sich zuspitzenden politischen Kontroversen machen vor dem Schultor nicht Halt. In dieser Situation gerät Schule und politische Bildung immer wieder unter Handlungsdruck.

Auch mit Blick auf die Schule wird der politischen Bildung angetragen, als bildnerische „Feuerwehr“ zu fungieren, wenn im Schulalltag antidemokratische Positionen und menschenfeindliche Einstellungen zur Herausforderung werden oder Terrorakte und Kriege Ängste und Konflikte erzeugen. Können Lehrkräfte der politischen Bildung beides leisten: nachhaltig bilden und „Krisenintervention“ leisten? Welche Bedeutung hat bei politisch relevanten Krisenereignissen die Kooperation von Schulen mit außerschulischen Trägern der politischen Bildung?

Generelle Chancen und Grenzen schulischer Interventionen im Zusammenhang mit politischer Bildung sollen beispielhaft anhand der Erfahrungen mit dem Erstarken rechtsextremistischer Strukturen sowie des Nahostkonflikts diskutiert und reflektiert werden. Mit Blick auf den Umgang mit zukünftigen Krisen soll dabei die Frage im Mittelpunkt stehen, was hinsichtlich der Etablierung von Strukturen und Bereitstellung von Ressourcen gelernt werden kann.

Bei der Diskussion sollen bei der Fachtagung folgende Fragen in den Blick kommen:

- Verträgt sich eine nachhaltige Bildungsarbeit mit „Interventionen“, also mit kurzfristig-reaktivem Verhalten (in Krisenzeiten)? Sprechen grundsätzliche pädagogische, rechtliche oder systemische Erwägungen für eine solche Rolle oder eher dagegen?
- Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang grundsätzlich die Fachlichkeit politischer Bildung in der Schule? Lassen sich aktuelle politische Fragen auch über den Politikunterricht hinaus im Schulalltag bearbeiten? Was sagt das gegenwärtige Gewicht des Schulfaches politische Bildung über die Wertigkeit von Demokratie in der Bildungspolitik aus?
- Schülerinnen und Schüler sollen in der Schule die grundlegenden Werte unseres gesellschaftlichen und demokratischen Zusammenlebens erlernen. Was aber tun, wenn diese Grundlagen herausgefordert und Menschenrechte sowie demokratische Werte infrage gestellt werden? Wo liegen die Spielräume und Grenzen des schulischen Auftrags? Was ist methodisch geboten: Wo beginnt die Mediation und wo endet der Bildungsprozess?
- Welche Akteure können und sollten hierbei mit welcher Rollenverteilung kooperieren? Welche Netzwerke bzw. Strukturen bestehen oder sollten geschaffen werden, um kurzfristiges Handeln in der Fläche realistisch leistbar zu machen (Praxis, Beratung, Bereitstellung von Materialien und Angeboten durch Unterstützungsagenturen wie den Zentralen oder Lehrerfortbildungseinrichtungen)?

Für Antworten sind Praxisbeispiele von besonderer Bedeutung. Diese sollen vorgestellt und im Kontext der Fragestellung diskutiert werden.